

Der große JF-Parteientest zur Bundestagswahl

Thema	Außenpolitik	Innenpolitik	Wirtschaft/Finanzen	Gesellschaft
Partei* * Parteien mit 16 Landeslisten: CDU, SPD, AfD, FDP, Linkspartei, Freie Wähler, NPD, ÖDP. Mit 15 Landeslisten treten an: Die Grünen, Die Basis, Team Todenhöfer. Die Liberal-Konservativen-Reformer treten mit neun Landeslisten an.				
CDU CSU  ▶ www.cdu.de ▶ www.csu.de	„Europäische Integration statt nationalistischer Abschottung“. Bekenntnis zur Nato. EU soll mit USA für Freiheit, Frieden und Demokratie in der Welt sorgen. Afrika bei der Terrorismusbekämpfung unterstützen. Rußland „entschlossen und konstruktiv“ begegnen.	Einwanderung von „Fachkräften“ als Chance für ein „weltoffenes Deutschland“. Straftäter konsequent abschieben. Keine Ausweitung des Familiennachzugs. Rechtsextremismus ist „größte Bedrohung“ für Deutschland. Null-Toleranz-Strategie gegenüber kriminellen Clans.	Keine Vermögenssteuer. Keine Vergemeinschaftung europäischer Schulden. Gesamtstaatliche Schuldenquote auf 60 Prozent reduzieren. Ablehnung von Dieselfahrverboten und Tempolimit. Ausbau erneuerbarer Energien vorantreiben. Deutschland soll bis 2050 CO ₂ -neutral werden.	Familien durch familienfreundlichere Arbeitsbedingungen entlasten. Benachteiligung von Frauen entgegenwirken. Wer gesellschaftliche Vielfalt nicht anerkennt, macht sich strafbar. Programme gegen Rassismus und Diskriminierung fördern. Haß und Hetze im Internet bekämpfen.
SPD  ▶ www.spd.de	EU soll eigene Armee bekommen. Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip in Brüssel. Bekenntnis zur Nato, Abrüstung und Rüstungskontrolle. Partnerschaft zwischen Deutschland und Afrika ausbauen und stärken. Trotz Kritik Dialogbereitschaft gegenüber Rußland signalisieren.	Einbürgerung durch Senkung der Regelaufenthaltsdauer von acht Jahren vereinfachen. Keine Abschiebungen in Länder, in denen Migranten „Gefahr für Leib und Leben“ droht. Ausweitung des Familiennachzugs. Stärkerer Kampf gegen Rechtsextremismus und Antifeminismus.	Einkommensteuer-Reform, die Geringverdiener und Mittelschicht besserstellt. Vermögenssteuer reaktivieren. Gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro erhöhen. Männer und Frauen sollen auf dem Arbeitsmarkt gleich stark vertreten sein. Deutschland soll spätestens 2045 klimaneutral wirtschaften.	Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Geschlechtseintrag in Ausweisdokumenten soll ohne gerichtliche Zustimmung geändert werden können. Adoptionsrecht für Homosexuelle. Postkoloniale Erinnerungskultur fördern. Haß und Hetze im Internet bekämpfen.
AfD  ▶ www.alternativefuer.de	Deutschland soll aus der EU austreten und ein Europa der Vaterländer mit souveränen Nationalstaaten anstreben. Nato wieder als reines Verteidigungsbündnis begreifen. Zusammenarbeit mit USA und Rußland. Wiedereinsetzung der Wehrpflicht. Deutschland soll seine Grenzen schützen.	Ausschließlich qualifizierte Einwanderung nach japanischem Vorbild. Ausnahmevolle Abschiebung von Gefährdungen und Straftätern. Ablehnung des Familiennachzugs für Asylbewerber. Striktes Vorgehen gegen kriminelle Clans. Kampf gegen Linksextremismus. Verfassungsschutz reformieren.	Ablehnung von Tempolimit und CO ₂ -Steuer. Erbschaftsteuer abschaffen. Abkehr vom Euro. Diesel und Benziner retten. Altersarmut bekämpfen. Anpassung an den Klimawandel, statt Konzentration auf „unrealistischen Kampf“. Neueinrichtung von sicheren Kernkraftwerken.	Familie ist die Keimzelle der Gesellschaft und besteht aus Mutter, Vater und Kind. Ablehnung von Gender-Ideologie und -Sprache. Verteidigung der Meinungsfreiheit gegen „Cancel Culture“ und Zensur durch große Tech-Konzerne. Pflege deutscher Kultur und Traditionen.
FDP  ▶ www.fdp.de	EU soll Bundesstaat mit eigener Verfassung und Armee werden. Klare Kante der EU gegen Rußland, notfalls mittels Sanktionen. Ausbau des Seerettungsbündnisses zur Nato. Ausbau des Auslandsrundfunks Deutsche Welle, um Fake-News in anderen Ländern Einhalt zu gebieten.	Einwanderung als Chance für Deutschland. Abschiebungen konsequent durchsetzen. Einbürgerung als Ergebnis gelungener Integration. Digitalisierung vorantreiben. Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Amtszeit des Bundeskanzlers soll auf zwei Wahlperioden begrenzt werden.	Abgabenquote für Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf unter 40 Prozent senken. Deutschland soll Schuldenbremse beibehalten. Abschaffung der Gewerbesteuer. Einführung einer gesetzlichen Aktienrente. Ablehnung der Vermögenssteuer. Ausweitung des CO ₂ -Emissionshandels.	Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern. „Adoptionsrecht für alle“. Änderung des Geschlechtseintrags auf Ausweisdokumenten ohne rechtliche Hürden. Nationaler Aktionsplan gegen Homo- und Transfeindlichkeit. Staat soll gegen Haß im Netz vorgehen.
Die Linke  ▶ www.die-linke.de	EU soll Rechtsstaatlichkeit der Mitgliedsländer regelmäßig überprüfen und Verstöße bestrafen. Ablehnung einer EU-Verteidigungsunion. Ablehnung der Kooperation von EU und Nato. EU-weites Verbot von Rüstungsexporten. China und Rußland sollen keine Feindbilder sein.	Regelaufenthaltsdauer für Einbürgerung von acht auf fünf Jahre senken. Keine Abschiebungen. Minderjährige Asylbewerber sollen Geschwisterkinder nachholen dürfen. „Teilhabe statt Integration.“ Verfassungsschutzbehörden in derzeitiger Form auflösen.	Vermögenssteuer von fünf Prozent. Erbschaften stärker besteuern. Ablehnung der Schuldenbremse. Doppelbesteuerung bei der Rente abschaffen. Gesetzlichen Mindestlohn auf 13 Euro erhöhen. Große Wohnungskonzerne enteignen. Deutschland soll bis 2035 klimaneutral sein.	Wahlverwandtschaftsrecht, das jedes Lebensmodell als Familie akzeptiert. Adoptionsrecht für Homosexuelle. Verpflichtende Teilnahme von Kindern an Aufklärungsunterricht über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt. Stärkung einer „antifaschistischen Erinnerungskultur“.
Grüne  ▶ www.gruene.de	EU als Friedensmacht stärken. Ablehnung des 2-Prozent-Ziels der Nato. Deutschland soll keine Atomwaffen besitzen. Strengere Kontrolle von Rüstungsexporten. Zivile, flächendeckende, europäisch koordinierte und finanzierte Seerettung vorantreiben.	Deutschland soll „vielfältiges Einwanderungsland“ bleiben. Regelaufenthaltsdauer für Einbürgerung von acht auf fünf Jahre senken. Abschiebestopp nach Syrien und Afghanistan. Schaffung eines Vielfaltministeriums. Antirassismus und Postkolonialismus im Lehrplan verankern.	Leitprinzip „sozial-ökologische Marktwirtschaft“. Gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro anheben. Deutschland soll in 20 Jahren klimaneutral sein. Schaffung eines Klimaministeriums. Kohleausstieg bis 2030. Tempolimit von 130 km/h auf deutschen Autobahnen.	Abkehr vom Fokus auf das Familienmodell Mutter, Vater, Kind. Kinderrechte ins Grundgesetz. Bundesweite Aufklärungskampagne über Vielfalt sexueller Orientierungen. Geschlechterstereotypen bekämpfen. Aufarbeitung deutscher Kolonialgeschichte.
Die Basis  ▶ www.diebasis-partei.de	Friedliche Regelung von Streitfällen, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Entspannung mit Rußland. Die Verteidigungsausgaben sollen nicht erhöht werden. Deutschland soll eine von den USA unabhängige europäische Friedenspolitik anstreben.	Willkommenskultur für integrationswillige Ausländer. Asyl nur für politisch Verfolgte. Migranten, die wegen Kapitalverbrechen verurteilt werden, sollen dauerhaft abgeschoben werden. Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Direkte politische Beteiligung der Bürger durch Basisdemokratie.	Besteuerung in Deutschland tätiger, internationaler Konzerne. Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Beibehaltung der Schuldenbremse. Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro. Ja zum Kohleausstieg. Energiewirtschaft soll klimaneutral werden. Landwirtschaft ökologisch gestalten.	Die Familie als freiwilligen Zusammenschluß erhalten und fördern. Bundesbehörden sollen keine Gendersprache verwenden. Bargeld erhalten. Meinungsfreiheit stärken. Kunst und Kultur als Gegenwehr zu „Konsumsucht, Konformismus und sozialer Entfremdung“.
Freie Wähler  ▶ www.freiewaehler.eu	EU soll eigene Armee bekommen. Stärkung der EU innerhalb der Nato. Deutschland soll sich als Vermittler in die Weltpolitik einbringen und dabei helfen, Krisenregionen zu stabilisieren. Abrüstung und Rüstungskontrolle. Verpflichtendes Gesellschaftsjahr statt Wehrdienst.	Aufnahme von Asylbewerbern ist humanitäre Pflicht. Qualifizierte Arbeitsmigration als Gewinn. Konsequente Abschiebung von Gefährdungen und straffällig gewordenen Migranten. Videoüberwachung an Brennpunkten. Kampf gegen „strukturellen Rassismus“ und „Alltagsrassismus“.	Steuern senken. Solidaritätszuschlag abschaffen. Keine Vergemeinschaftung europäischer Schulden. Mindestlohn regelmäßig anpassen. Bargeld erhalten. Staat soll bei seinen Hilfen Auswirkungen auf das Klima berücksichtigen. Ablehnung eines Tempolimits auf deutschen Autobahnen.	Gleiche Anerkennung von homo- und heterosexuellen Paaren sowie Alleinerziehenden mit Kindern als Familie. Verpflichtendes kostenfreies Kindergartenjahr. Sexuellen Minderheiten mit Akzeptanz begegnen. Legalisierung von Sterbehilfe. Bewußtsein über deutsche Geschichte stärken.
Liberal-Konservative Reformer  ▶ www.bund.lkr.de	Stärkung der nationalen Eigenverantwortung gegenüber der EU. Bekenntnis zur Nato. Transatlantische Partnerschaft als zentraler Pfeiler deutscher Außenpolitik. Friedenssitzplätze im Ausland. Deutschland soll Partnerschaft mit Rußland anstreben. Schutz der EU-Außengrenzen.	Zuwanderung nur in wirtschaftlich und gesellschaftlich verträglichem Maße. Ausländische Straftäter abschieben. Integrationsbereitschaft als Voraussetzung für Bleiberecht. Härteres Vorgehen gegen kriminelle Clans. Kampf gegen linke, rechte und religiöse Extremisten.	Vereinfachung des Steuersystems. Staatliche Sozialleistungen wie die Krankenkasse sollen steuerlich finanziert werden. Keine Vergemeinschaftung europäischer Schulden. Abschaffung des Mindestlohns. Neue Generation von Kernkraftwerken. Verbrennungsmotor erhalten.	Familien als „Keimzelle der Gesellschaft“ finanziell stärker fördern. Adoptionsrecht für Homosexuelle. Anerkennung der Ehe von gleichgeschlechtlichen Paaren. Meinungsfreiheit stärken. Ablehnung von Gendersprache. Heimatpflege, Volkskunst und Brauchtum fördern.
NPD  ▶ www.npd.de	Austritt aus der EU, stattdessen ein „Europa der Völker“ nach nationalstaatlichem Ordnungsprinzip. Austritt aus der Nato. Sofortiger Abzug deutscher Soldaten aus anderen Ländern und ausländischer Soldaten aus Deutschland. Wiedereinführung der Wehrpflicht. Schutz der deutschen Grenzen.	Kampf gegen ethnische Überfremdung Deutschlands durch Einwanderung. Streichung des Grundrechts auf Asyl. Ausgliederung von Ausländern aus dem deutschen Sozialversicherungswesen. Kriminelle Ausländer abschieben. Staatsangehörigkeit an Abstammung koppeln.	Steuernlastungen zugunsten von Geringverdienern und Mittelstand. Ja zur Vermögenssteuer. Wiedereinführung der D-Mark. Abkehr vom „Globalkapitalismus“. Existenzsichernde Grundrente. Schutz von Tier und Natur. Deutsche Landwirtschaft stärken.	Deutsche Familien als „Grundlage des Volkes“ sollen vom Staat besonders geschützt werden. Ablehnung von Gender-Mainstreaming. „Deutschland ist das Volk der Deutschen und muß wieder deutsch werden.“ Nationalkultur als identitätsstiftendes Element fördern.
ÖDP  ▶ www.oedp.de	Deutschland soll Mitglied in der EU bleiben. Primat der Friedenssicherung. Vollständiger Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland. Die Bundesrepublik soll ihre Verteidigungsausgaben nicht erhöhen. Bundeswehr als reine Defensivkraft. Fluchtersachen vor Ort bekämpfen.	Asylbewerber schneller in Arbeitsmarkt integrieren. „Fokussierung auf die einzelne Persönlichkeit“ statt auf Herkunft und Migrationsgrund. Schneller Familiennachzug für gut integrierte Einwanderer. Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Bekenntnis zur Mehrstaatigkeit.	Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer. Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Senkung der Sozialversicherungsbeiträge. Vollständige Umstellung auf erneuerbare Energie bis 2030. Neuzulassungsstopp für Pkw mit Verbrennungsmotoren ab 2025.	Die traditionelle Familie aus Vater, Mutter und Kindern soll nicht stärker als andere Lebensgemeinschaften gefördert werden. Einführung eines Kindergrundkommens. Bundesbehörden sollen keine Gendersprache verwenden. Beamtinnen sollen Kopftuch tragen dürfen.
Team Todenhöfer  ▶ www.teamtodenhoefer.de	Bekenntnis zur EU mit Eigenverantwortung der Mitgliedsstaaten. Stopp aller Militäreinsätze im Ausland. Ja zu einer friedlichen Nato. Ablehnung des 2-Prozent-Ziels der Nato. Keine Waffenexporte in Krisengebiete. Bundeswehr als rein defensive Friedenskraft. Zusammenarbeit mit Rußland.	Deutschland soll weniger Flüchtlinge aufnehmen, diese aber „besser behandeln“. Kriminelle Ausländer nur bei schweren Straftaten abschieben. Kampf gegen „traditionellen europäischen Rassismus“. Einsetzung eines „Beauftragten für Islamfeindlichkeit“.	Drastische Steuererleichterungen für Mittelstand und ärmere Bevölkerungsschichten. Ablehnung von Vermögens- und Kirchensteuer. Schuldenabbau. Klimawandel global statt national bekämpfen. Grüner Wasserstoff aus globalen Quellen. Abkehr von Elektroautos.	Die traditionelle Familie aus Vater, Mutter und Kindern soll nicht stärker als andere Lebensgemeinschaften gefördert werden. Ablehnung von Gendersprache bei Bundesbehörden. Beamtinnen sollen Kopftuch tragen dürfen. Hautfarbe gibt keinen Aufschluß über Abstammung.